

Editorial

Die Massenproteste gegen die faktische Abschaffung des Kündigungsschutzes durch den „Contrat première embauche“ (CPE) beleuchten, wie Henrik Uterwedde überzeugend darlegt, eine charakteristische Schwäche des politischen Systems in Frankreich. Wo das Mehrheitswahlrecht zu überwältigenden Mehrheiten in der Nationalversammlung führt und das völlige Fehlen institutioneller Gegengewichte das Durchregieren nach Husarenmanier befördert, während zugleich ein um Konsens bemühter sozialer Dialog eben wegen dieser Machtverhältnisse auch gar nicht notwendig scheint, gibt es keine gesellschaftliche Rückkopplung für das Regierungshandeln, es sei denn als Protest auf der Straße. Mit Revolutionsromantik, wie aus deutscher Sicht gerne vermutet, hat das alles nichts zu tun.

Aber die Proteste, die inzwischen von einer Zweidrittelmehrheit im Land befürwortet werden, haben auch eine Einstellung im Hexagon bestätigt, die schon zur Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags per Referendum geführt hat: Frankreich ist nicht länger bereit, den Liberalisierungskurs im eigenen Land und in Europa zu akzeptieren, wenn er auf den Arbeitsmarkt durchzuschlagen droht. Mit dieser Haltung dürfte unser Nachbar mindestens auf dem Kontinent keine „exception“ darstellen, sondern eher eine Vorreiterrolle einnehmen. Das gilt auch für den Protest der Jugend gegen ihre vielfache Benachteiligung. Während Gewerkschaften und Politik sich in Frankreich, kaum anders als in Deutschland, hauptsächlich dafür einsetzen, dass ältere Arbeitsplatzbesitzer und Rentner von den bedrohlichen Erschütterungen der Sozialsysteme und des Arbeitsmarktes durch Globalisierung und demographische Defizite möglichst weitgehend verschont werden, lädt man der Jugend die Hauptlast der zu erbringenden Anpassungsleistung auf.

Bei der französischen Jugend mit Migrantenhintergrund kommen die unbewältigte koloniale

Vergangenheit und die postkoloniale Gegenwart als zusätzliche Protestgründe hinzu. Sie sehen sich angesichts der rassistischen Diskriminierung, der sie allen Gleichheitsversprechen der Republik zum Trotz ausgesetzt sind, in der Kontinuität der Behandlung ihrer Vorfahren als Menschen zweiter Klasse durch das koloniale Frankreich. Erst durch ihren Aufstand haben sie Frankreich gezwungen, sich ernsthafter als bisher seiner Vergangenheit zu stellen. Denn wenn ein Gesetz, das die positive Rolle Frankreichs in Übersee, besonders in Nordafrika, als Gegenstand des Schulunterrichts festschreiben sollte, bei Politikern gleich welchen Lagers zunächst nicht auf Protest gestoßen ist und von der Bevölkerung zu etwa zwei Dritteln gutgeheißen wurde, bedeutet das nichts anderes, als dass historische Wahrheiten beharrlich verdrängt worden sind. Erst die Rebellion in den Banlieues rüttelte wenigstens die Sozialisten wach; erst ein unmittelbar vor den Austerlitz-Feiern erschienenenes Buch des Historikers Claude Ribbe, das die mörderische Wiedereinführung der Sklaverei durch Napoleon auf Martinique und Guadeloupe schildert, konnte am Lack des bis dato weitgehend unkritischen Napoleon-Bildes kratzen; erst die Proteste in Algerien, wo man an die blutige Eroberung des Landes, die Enteignung seiner Bauern, die grausame Niederschlagung von Demonstrationen, die Verbrennung von ermordeten Frauen und Kindern in Kalköfen, an die Foltermethoden, an die Verweigerung der staatsbürgerlichen Integration der arabischen Bewohner usw. erinnert und damit den Abschluss des französisch-algerischen „Elysée-Vertrags“ erst einmal hinausshob, brachten Jacques Chirac dazu, das von ihm unterschriebene Gesetz wieder kassieren zu lassen. Neben diesen Themen unseres Dossiers „Koloniale Vergangenheit“ wird schließlich noch anhand von Schwarzafrika, insbesondere von Togo, die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Abstimmung über die Politik gegenüber und in diesem Kontinent herausgestellt. Es ist an der Zeit, an die Stelle der offenbar fortwirkenden kolonialen Rivalitäten eine europäische Politik treten zu lassen, die sich realistisch der afrikanischen Wirklichkeit stellt.

Johannes Thomas